

## Großkopfete Slowenen

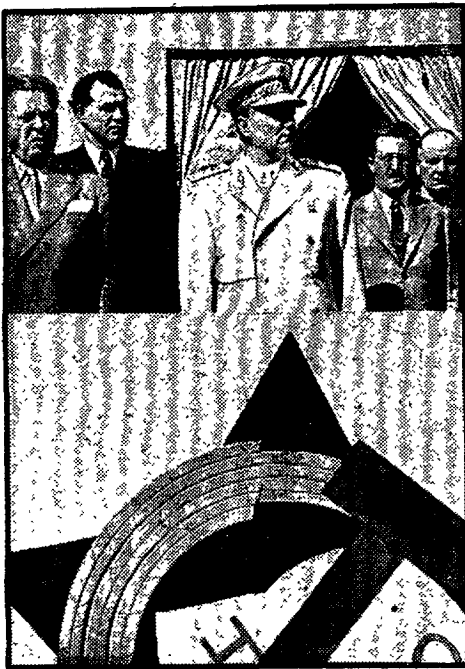
### Krach in Oesterreichs Hinterhaus

Auf den Bauernhöfen zwischen Landegg und Leutschach liegen Kofferstapel griffbereit. Zwischen Tür und Angel lebend; wagen sich die Landleute kaum noch auf ihre Felder.

Nachts verbarrikadieren sie sich in den engen Bauernstuben und lauschen bange Herzens in das Dunkel. Frauen und Kinder, halb angezogen, liegen in unruhigem Schlaf auf ihren Betten.

Oesterreichs Hinterhaus, das Grenzland vor Jugoslawien, ist mit Zündstoff geladen. In den dichten Wäldern führen slowenische Weißgardisten ein Schreckensregiment. Es sind gegen Tito eingestellte Quislinggruppen, die während des Krieges in der deutschen Wehrmacht dienten und jetzt in österreichischen Lagern interniert waren. Ihr Blutkonto reicht von politischen Terroraktionen über Plünderungen bis zu gemeinen Raubmorden.

Belgrad hat sich heftig beschwert. Es machte die Engländer für die Untaten der monarchistisch eingestellten Banden verantwortlich. In einer Note an das Foreign Office in London wurde behauptet, die Briten weigerten sich, bekannte Kriegsverbrecher, die an der Spitze der Weißgardisten stehen, auszuliefern.



Ueber dem Sowjetstern vergißt Tito nicht die Sonne Oesterreichs

Aber in Belgrad verließ man sich nicht allein auf diplomatische Noten. Rotgardisten wurden den Weißgardisten entgegengestellt. Sie stoßen in kleinen, schlagkräftigen Gruppen von Jugoslawien über die Grenze nach Oesterreich vor. In dem unübersichtlichen Hügelgelände Südkärntens liefern sich Rote und Weiße einen blutigen Waldkrieg.

Belgrad hat noch ein zweites Eisen im Feuer, um seine Gebietsansprüche an Oesterreich in Erinnerung zu halten. Diese Forderungen reichen vom westlichen Teil der Südsteiermark bis in eine Tiefe von etwa vierzig Kilometer nach Kärnten hinein. In Kärnten ist die titofreundliche „Osvobodilna Fronta“, die slowenische Freiheitsfront, ein kräftiger Fürsprecher der jugoslawischen Gebietsforderungen.

Der ehemalige jugoslawische Major Promosic steht an ihrer Spitze. Er ist offiziell als Landarbeiter registriert. Doch kennt ihn jeder als Anführer der Partisanen, die in Verletzung des Abkommens der Großmächte vom Mai 1945 über die Karawanken nach Kärnten einbrachen. In Wien wird Promosic als der Konrad Henlein Oesterreichs bezeichnet.

Promosic hat kürzlich wissen lassen, daß er selbst dann für die Angliederung Südkärntens an den Tifo-Staat kämpfen würde, wenn die Russen sich zu einem Kompromiß mit den anderen Großmächten bereit finden sollten. Er will angeblich 70 000 Slowenen in dem strittigen Gebiet hinter sich haben (bei einer Gesamtbevölkerung von 190 000).

Oesterreichische Quellen reduzieren diese Zahl auf höchstens 50 000.

In Kärnten selbst haben zurückgekehrte österreichische Kriegsgefangene den slowenischen Separatisten schärfsten Kampf angesagt. Sie drohen mit der Aufstellung eigener Verbände, die die „Freiheitsfront“ notfalls mit Gewalt an der Erreichung ihrer Ziele hindern sollen.

Die österreichische Regierung führt eine sanftere Sprache. Sie will mit den Slowenen im Guten auskommen. Bauern, die nach dem „Anschluß“ zwangsevakuert wurden, haben ihre Höfe zurückbekommen. In 40 Orten Kärntens wurden zweisprachige Bürgermeister slowenischer Herkunft eingesetzt.

Trotz dieser Versöhnungsaktion fürchtet man in Wien, daß das slowenische Problem letzten Endes doch in Belgrad und nicht im österreichischen Kärnten oder Steiermark entschieden wird.

## Gegen den Sabbath

### Jazz am See Gethsemane

Die unterschiedlichen Feiertage der unterschiedlichen Religionsgemeinschaften im Heiligen Land drohen dem Palästina-Untersuchungsausschuß der UNO zum Verhängnis zu werden. Am Freitag feiern die Araber. Am Sonnabend ist der Sabbath der Juden. Und sonntags pflegen die Christen sich von den Mühen der Woche auszuruhen.

Bleiben vier Tage, an denen der Ausschuß wirklich arbeiten dürfte, ohne sich den Groll einer der widerstrebenden Parteien zuzuziehen.

Emil Sandström, Richter aus Schweden und Ausschuß-Vorsitzender, will trotzdem bei der Sieben-Tage-Woche bleiben. „Es tut mir leid“, sagte er zu dem anglikanischen Bischof in Jerusalem, Weston H. Stewart, „aber wegen Zeitmangels müssen wir auch an den Sonntagen sitzen“.

Der Bischof, Vertreter der Kirche von England im Heiligen Land, war mit einer bitteren Beschwerde zu ihm gekommen. Zweimal habe die Kommission den Sabbath der Juden respektiert. Aber an den christlichen Sonntagen würden grundsätzlich Sitzungen abgehalten.

Der Bischof vergaß hinzuzufügen, daß er als einziger bereits einmal Erfolg mit einer Eingabe an den Palästina-Ausschuß gehabt hat. Die Jazzmusik in den Touristenhotels am Ufer des Sees Gethsemane hatte sein Mißfallen erregt. Sein Einspruch stieß auf Verständnis. Jazz-Synkopen zerreißen nicht mehr die geheiligte Stille über dem biblischen See.

Der Bischof möchte überhaupt die Palästinafrage ganz aus dem politischen Bereich herausgenommen wissen. Die Politik im Heiligen Land sei ja doch am Ende. Also Beschränkung auf einen religiösen und kulturellen Ausgleich.



Oberriichter Emil Sandström  
Für die Sonntagschicht

Im gleichen Atemzuge ruft Hochwürden jedoch die staatlichen Mächte um Schutz für die Christen an. Zwei christliche Schulen hätten bereits geräumt werden müssen, da den Lehrern Gefahr gedroht habe. Woher die Gefahr komme, sagte er nicht.

Die Vertreter der elf Länder im Ausschuß hören sich alles geduldig an. Sie geben sich sehr vorurteilsfrei. Was fast gleichbedeutend mit „unwissend“ sei, meinte der Wortführer der Jewish Agency, Moshe Shertok, nachdem er von ihnen vernommen worden war. So naive Fragen hätten sie an ihn gerichtet.

Dabei hat es Sandström eilig. Am 6. September soll er seinen Bericht der UNO-Vollversammlung vorlegen. Vorher aber will sich die Kommission noch für einige Wochen an die kühleren Ufer des Genfer Sees zurückziehen, um den Bericht unbeschadet um die palästinensische Hitze auszuarbeiten.

Als die UNO-Männer Mitte Juni in Haifa an Land gingen, streikten die Araber. Als Protest gegen die Anwesenheit der Kommission im Lande. Am gleichen Tage wurden von einem englischen Militärgericht drei jüdische Terroristen zum Tode verurteilt.

Die Araber blieben strikt bei ihrer Ablehnung und erschienen erst gar nicht. Die Sprecher der Juden pochten auf der „versprochenen Heimstatt“ und verlangten die sofortige Zulassung von 100 000 Juden aus Europa.